

## DEMOKRATEN an die Arbeit

### Nicht wegducken, sondern klare Kante zeigen

Zwölf- bis fünfzehnprozent - so wird im allgemeinen der Anteil der Bevölkerung in unserem Land geschätzt, der rechtsnationale oder rechtsradikale Ansichten vertritt. Nachdem viele Jahre die NPD, die DVU oder ähnliche Parteien mit rechtsradikalem Gedankengut erfolglos versucht haben, diese Bevölkerungsteile an die Wahlurne zu bringen, gibt es nun seit einiger Zeit das Phänomen der AFD, der es mit rassistischen, rechtsradikalen und antieuropäischen Parolen gelingt, zusätzlich zu dem rechtsradikalen Wählerpotential auch noch einen Teil der frustrierten Nichtwähler der letzten Jahre zu den Wahlurnen zu bringen, um dort als sogenannte Protestwähler die demokratischen Parteien unseres Landes das Fürchten zu lehren. Bisherige Versuche der etablierten Parteien, durch Ausgrenzung die AFD in die Knie zu

zwingen, sind gescheitert. Nicht nur die CDU/CSU begreift heute, dass es schwer zu sein scheint, sich von der AFD abzugrenzen. Auch aus dem linksliberalen und linken Lager sind viele der Wähler nach rechtsaußen abgedrückt. Wenn man bedenkt, dass dreiviertel der AFD-Wähler aus reinem Protest diese Partei gewählt haben, so sollte man eigentlich glauben, dass demokratische Parteien in der Lage wären, mittelfristig durch eine in einigen Bereichen veränderte Politik diese Irrläufer unter den Wählern wieder zurückzurufen, zumal die AFD schon aufgrund ihres Wahlprogrammes als eine Wahlalternative zu anderen Parteien gar nicht taugt. Wichtig ist es nur, klar zu machen, welche Veränderungen demokratische Parteien anbieten können. Es gibt keinen Grund für die demokratischen Parteien sich

an die Wähler der AfD anzuwenden. Es gibt keinen Grund Rassismus und Intoleranz der AfD zu übernehmen. Es kann nur einen Grund geben, sich mit dieser rassistischen, volksverhetzenden und demokratiefeindlichen Partei zu beschäftigen, nämlich den, sich auf allen Ebenen und überall gegen sie zu stellen und mit Argumenten die eines Demokraten würdig sind, dieses zutiefst undemokratische Gespenst AfD zu bekämpfen. Die Frage, die sich die demokratischen Parteien stellen müssen ist die, mit welchen Argumenten, das verlorengegangene Vertrauen der Wähler wieder zurückgewonnen werden kann. Hau drauf und weg damit - das zieht nicht. Politik muss wieder das Gefühl vermitteln, nicht alternativlos zu sein. Das geht, man muss es nur wollen. Das ist schwer, aber möglich. -Joachim F. Gogoll-

## CETA und TTIP - zwei demokratiefeindliche Verträge



Während früher der Russe immer vor der Tür stand, um eine vermeintliche Gefahr zu signalisieren, steht nun CETA davor und signalisiert eine wirkliche Gefahr für unsere demokratischen Verfassungen. Das Freihandelsabkommen ist viel gefährlicher, als alles, was uns auf der politischen Ebene der letzten Monate begegnet ist. Das Abkommen zwischen der EU und Kanada erfüllt in überhaupt keinem Bereich die Erwartungen, die in den Vertrag gesteckt werden. CETA kann wegen seiner Konstruktionsfehler

und Inhalte weder im Bereich der Arbeitsplatzvermehrung noch im Abbau von Zollschranken noch im Aufrechterhalten von Sozial-, Rechts- und Agrarstandards etwas positives erreichen. Im Gegenteil, CETA wird die Demokratie und den Wohlstand für die Bürger der EU zugunsten von multinationalen Konzernen abbauen. CETA wird den Menschen noch weiter unter die Bedürfnisse der Wirtschaft und des Handels unterordnen. Wahlen werden in den Ländern erheblich an Bedeutung verlieren.

## Europas Institutionen auf den Prüfstand

Das Erstarken von Parteien und Gruppen, die Europa in seiner jetzigen Form und Politik ablehnen, hat viel damit zu tun, wie sich die EU entwickelt hat und in welcher Form sie sich präsentiert. Zuerst einmal ist nicht klar, was die EU eigentlich politisch will. Betrachten die Führungsgremien sich als Hüter eines Binnenmarktes oder wollen Sie mehr? Etwa eine politische europäische Union? In der Entwicklung Europas von der EWG über die EG hin zur EU gab

### Selbstfindungsprozess

es verschiedene Eckpunkte, die einen glauben ließen, Europa befinde sich in einer Art Selbstfindungsprozess hin zu einer irgendwie gearteten politischen Union. Da sich aber weder die offiziellen Institutionen der EU noch die einzelnen Regierungen ihrer bislang noch 28 (bald 27) Mitgliedstaaten durch Handlungen oder gezielte Vorgaben und Pläne für eine gemeinsame politische und wirtschaftliche Ordnung ausgesprochen haben, ist es kaum möglich, darüber Klarheit zu bekommen. Wie es aussieht, hat die EU in der Vergangenheit ohne einen Masterplan zu haben, die Zahl der Mitgliedsstaaten erhöht und gehofft, dass es gut geht. Das Europäische Parlament hat sich nach seiner Schaffung einige Rechte erstritten, aber eine klare politische Ausrichtung ist auch da nicht zu erkennen. EU-Kommission, Ministerrat und EU-Parlament haben die Erweiterung so gehandhabt, dass man den Eindruck gewinnen konnte, mit jedem neuen Vorhaben

### Ente auf dem See

setze man eine Ente auf das Wasser. Schwimmt sie, dann war es gut. Dass das nur eine begrenzte Zeit gutgehen konnte, weil europäische zukunftsweisende Perspektiven vernachlässigt wurden, nahm man in der EU und ihren Mitgliedsländern nicht zur Kenntnis. Die derzeitige Krise der EU ist das Ergebnis. -fw-



**KÖLN-17.9.2016**  
**55000 Menschen**  
**Für fairen Handel - gegen CETA-TTIP**



## Kommentar

von Joachim F. Gogoll

Nun ist es soweit. Die SPD Führung hat sich entschlossen, dem CETA Vertrag zuzustimmen. Es gibt offensichtlich zwar eine große Anzahl von Mitgliedern der SPD, die sich entschlossen gegen CETA-TTIP ausgesprochen haben, aber das hatte bei dem Konvent keine großen Eindrücke beim Vorstand hinterlassen. Überraschend war das zwar für mich nicht, dennoch will ich meine Enttäuschung, ja man kann sogar sagen mein Entsetzen darüber nicht verhehlen. Die SPD hat die Möglichkeit vertan, ein deutliches Zeichen für mehr Demokratie zu setzen. Ganz im Sinne ihres legendären Vorsitzenden Willy Brandt, der einst die Worte sprach „Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Nun hat die SPD-Führung das genaue Gegenteil getan. Sie hat in meinen Augen fahrlässig und ohne Not auf die Einflüsterungen der Wirtschaftslobbyisten gehört und ihren Teil dazu getan, dass die große Gefahr besteht, dass unsere Demokratie durch CETA gewaltigen Schaden nehmen wird, der auch so einfach nicht mehr zu beseitigen sein wird. Die ohnehin schon in der Bevölkerung erheblich vorhandene Politikverdrossenheit



# Volksinitiative Nordrhein-Westfalen gegen CETA & TTIP

Weil CETA und TTIP u.a. auch unsere Demokratie und unsere Sozial-, Arbeitnehmer- und Agrarstandards bedrohen gibt es seit dem 17.9.2016 hier in NRW eine Volksinitiative gegen die beiden Freihandelsabkommen. Ziel ist es, dass das Land Nordrhein-Westfalen im Bundesrat gegen die Unterzeichnung gegen die geplanten Abkommen stimmt. Wenn NRW das tut, dann wackelt CETA gewaltig.

TTIP wird dann möglicherweise ebenfalls gestoppt. Damit die Volksinitiative im Landtag Thema wird, benötigen wir in NRW mindestens 66322 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern in NRW. Informieren Sie auch ihre Freunde und Bekannte, damit wir möglichst viele Unterschriften bekommen. Im Kreis Coesfeld werden von jetzt an bis zum April 2017 Unterschriften gesammelt. Das „Aktionsbündnis COE gegen CETA/TTIP“ wird in den kommenden Wochen an vielen Orten im Kreis COE vor Ort Unterschriften sammeln. Wo das sein wird, werden wir rechtzeitig veröffentlichen. (siehe auch [www.attac-coe.de](http://www.attac-coe.de))



wird in meinen Augen durch solche Vorgehensweise verstärkt. Gabriel hätte sich als Wirtschaftsminister besser mal für einen fairen Handel einsetzen sollen, anstatt sich bei den multinationalen Konzernen anzubiedern. Aber bekanntlich ist ja noch nicht aller Tage Abend. In Österreich haben sich die dortigen Sozialdemokraten in einer partei-internen Abstimmung gegen CETA-TTIP ausgesprochen. Die SPÖ kümmert sich um die Belange ihrer Klientel, den Leuten, die auf Grund ihrer persönlichen Situation auf die Hilfe von Fürsprechern wie den österreichischen Sozialdemokraten angewiesen sind. „Hut ab“ liebe Ösis. Von euch könnte so mancher was lernen. Ich wünsche euch und uns, dass ihr es schafft, diese Wahnsinnsabkommen zu kippen. Ihr verdient meinen Respekt für euer Rückgrat, das ihr hier zeigt. Und lasst euch nicht verunsichern, ihr tut das einzig Richtige gegen diesen Freihandelswahn. Wenn Freihandel nicht frei ist, dann muss er verhindert werden. Es gibt sozialdemokratische Parteivorstände, die ihre Urklientel vernachlässigt haben und sich statt dessen um die politische Mitte kümmern wollen. Doch da gehören Sozialdemokraten nicht hin. Da sind schon andere, die das besser können.

## Termine

Vortrag und kurzer Film „Bedingungsloses Grundeinkommen“

28.9.2016 in Senden im Journal, Münsterstraße 16  
 Beginn: 19.00 Uhr

## Impressum

Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE

Redaktionsanschrift

Büro:

Detmolder Straße 9

45896 Gelsenkirchen

E-Mail:

[jfgogoll\(at\)aol.com](mailto:jfgogoll(at)aol.com)

## Was bedeuten die Kürzel?

CETA = Comprehensive Economic and Trade Agreement

TTIP = Transatlantic Trade and Investment Partnership

TiSA = Trade in Services Agreement

Wer für seine Überzeugungen kämpft, kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren!  
 noch Fragen?

[www.attac-coe.de](http://www.attac-coe.de)